



Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Plenarsitzung am 08.05.2008

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

ZU
Arbeitgeberzusammenschlüsse zur Stärkung ländlicher Räume (TOP 17 zu Protokoll)

Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

die Idee von Arbeitgeberzusammenschlüssen zur Sicherung und Schaffung stark saisonal abhängiger Arbeitsplätze, wie sie von der Fraktion DIE LINKE im zu beratenden Antrag gefordert wird, ist in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau nicht neu und nicht schlecht – diverse Organisationen wie die Landwirtschaftskammern oder die Maschinen- und Betriebshilfsringe haben hierzu Modelle entwickelt.

Neu hingegen ist der Ruf nach staatlicher Reglementierung und Alimentierung. Das lehnt die FDP-Bundestagsfraktion entschieden ab.

Erstens: Was staatliche Reglementierung bedeutet, erleben wir ja gerade bei den angesprochenen Erntehelfern: Da werden bürokratische Hürden sowohl für unsere heimischen Sonderkulturbetriebe als auch für polnische Erntehelfer aufgebaut, die beide Seiten verzweifeln lassen. Und all das mit dem Verweis auf die hohe deutsche Arbeitslosenrate. Ich bitte Sie: Es ist doch billiger Populismus, zu verkünden, auf den Obst- und Gemüsefeldern würde

das Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland gelöst. Im Gegenteil: Sehenden Auges setzt die Bundesregierung die Existenz der heimischen Sonderkulturbetriebe aufs Spiel. Produktionsaufgabe und Verlagerung ins Ausland sind die Folge. So ist dem deutschen Arbeitsmarkt erst recht nicht gedient.

Daher fordert die FDP, die Erntehelferregelung endgültig auslaufen zu lassen und durch eine EU-weite Freizügigkeit für Arbeitnehmer im Agrarbereich zu ersetzen. Zudem muss die Regierung unverzüglich bilaterale Verhandlungen mit osteuropäischen Ländern wie etwa der Ukraine und Weißrussland aufnehmen, um den Bedarf der heimischen Landwirtschaft und des Tourismus an Saisonarbeitskräften sicherzustellen.

Zweitens: Warum schon wieder eine neue Institution zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schaffen und mit Geld ausstatten? Das heißt doch im Umkehrschluss, die bestehenden arbeiten nicht effizient! Dann sollte man aber konsequenterweise – wie von der FDP seit langem gefordert - erst einmal bei den Zuständigen wie der Bundesagentur für Arbeit bzw. den Job-Centern und den

ARGEs ansetzen. Hier bietet sich echter finanzieller wie konzeptioneller Spielraum.

Drittens: In den strukturschwachen ländlichen Regionen vor allem im Nordosten Deutschlands mögen solche Maßnahmen vielleicht noch einige Langzeitarbeitslose zur Arbeit in den Feldern motivieren. In den meisten ländlichen Räumen im Westen hingegen mit geringerer Arbeitslosigkeit sucht man vergeblich! Lassen Sie uns doch den Realitäten ins Auge blicken: In unserer hochtechnologischen Gesellschaft findet man kaum noch motivierte und auch entsprechend qualifizierte Erntehelfer, das belegen doch auch die Vermittlungszahlen.

Will man den ländlichen Raum und seine Bewohner wirklich fördern, dann funktioniert das nicht mit Planwirtschaft, dann funktioniert das nur mit nachhaltigen Investitionsanreizen. Verlässlichster Partner sind hier die Landwirte – sie produzieren vor Ort, sie schaffen Arbeitsplätze, nicht nur auf ihrem Betrieb, sondern auch und vor allem in vor- und nachgelagerten Bereichen, sie erhalten und pflegen unsere Kulturlandschaften.

Deshalb mein Plädoyer: Geht es der Landwirtschaft gut, geht es den ländlichen Räumen gut! Die Bundesregierung sollte alles daran setzen, diese Stütze der Gesellschaft zu unterstützen. Leider können wir häufig nur das Gegenteil erkennen: ob Milchquote, Gesundheitscheck, Biokraftstoffe, grüne Gentechnik oder Erbschaftssteuerreform – Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind für Schwarz-Rot Fremdwörter.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!